

**ARGE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH**  
**DER ÖSTERREICHISCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT**  
(Vorsitz: Reinhard Heinisch)

**Kurze Übersicht und Zusammenfassung**

Die ARGE Zukunft der Demokratie in Österreich besteht aus einer interdisziplinären Forschungsgruppe unter der Schirmherrschaft der Österreichischen Forschungsgemeinschaft. Leiter der ARGE ist Reinhard Heinisch, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. Ziel der ARGE ist es, jene aktuellen Herausforderungen der österreichischen Demokratie zu untersuchen welche ihre zukünftige Entwicklung determinieren. Diese Herausforderungen werden in fünf kritischen Teilbereichen/Dimensionen bearbeitet und analysiert, die sich wie folgt gliedern:

1. **Repräsentative Demokratie und ihre Institutionen** (Governance-Performanz)
2. **Zivilgesellschaft und Protestverhalten** (Bürgerengagement/Protest)
3. **Konkordanzdemokratie** (Konnex wirtschaftliche Steuerung – sozialer Ausgleich – Politik – Demografie)
4. **Internationalisierung und Integration** (Bedrohung, Chancen, Notwendigkeit)
5. **Konstruktion der Demokratischen Öffentlichkeit** (Medien, neue Kommunikation, politische Bildung)

Die besondere Stärke der Arbeitsgemeinschaft ist ihr interdisziplinärer und interinstitutioneller Charakter, der ihr erlaubt, auf verschiedenste Expertisen zurückzugreifen. Ziel ist, hochwertige wissenschaftliche Forschung zu betreiben, Beiträge zum öffentlichen Demokratiediskurs zu leisten, und weitere Forschung in den jeweiligen Feldern zu stimulieren.

**Umsetzung:** Die Arbeitsgemeinschaft plant nach einer Auftaktkonferenz im Mai 2011, jährlich zwei Forschungskonferenzen abzuhalten, welche sich mit einer der fünf Dimensionen auseinandersetzen. Diese 2-tägigen Konferenzen werden in Wien und einer Reihe von anderen Veranstaltungsorten in Österreich abgehalten werden; ein internationaler Call for Papers geht diesen Konferenzen voraus. Regelmäßige Treffen der Arbeitsgemeinschaft finden in den Räumlichkeiten der Österreichischen Forschungsgemeinschaft statt. Das Ziel der Forschungskonferenzen ist, ein oder mehrere Working Papers zu erarbeiten, welche in wissenschaftliche Publikationen münden sollen. Die Konferenzen können auch von einem öffentlichen Event, z.B. eine Podiumsdiskussion, begleitet werden was auf eine Öffnung für ein breiteres Publikum abzielt.

Unmittelbares Ziel ist es in jedem dieser Bereiche sukzessive den empirischen Ist-Zustand festzustellen, die entsprechenden Ursachen unter Bezugnahme der oben erwähnten Einflussfaktoren herauszuarbeiten, und davon ausgehend die wahrscheinlichen Entwicklungstrends abzuleiten bzw. Vorschläge zu präsentieren, wie negativen Entwicklungen entgegenzusteuern ist.

## ANALYSEDIMENSIONEN

### 1. Dimension: Repräsentative Demokratie – eine Bewertung ihrer Regeln und Institutionen

Wahlbeteiligung und politische Partizipation sind generell im Abnehmen begriffen, vor allem bei jüngeren Österreichern. Dieser Mangel an politischer Beteiligung drückt auch ein spezielles Desinteresse an einer Karriere im öffentlichen Dienst oder in der Politik aus. Das Image von Politikern ist schlecht und Österreichs traditionelle Parteien kämpfen mit immer größeren Schwierigkeiten, die Wähler zu erreichen und politische Entscheidungen und deren Konsequenzen zu kommunizieren. Bei besonders hervorstechender Wahlmüdigkeit, wie bei den EU-Wahlen oder den letzten Präsidentschaftswahlen, werden Rufe laut, welche die politische Legitimation und Relevanz der betroffenen Institutionen hinterfragen.

Das Problem der abnehmenden politischen Relevanz: Einige sehen die Ursache für die Abnahme der politischen Legitimität der demokratischen Institutionen im Verlust politischer Macht und politischen Einflusses gegenüber wirtschaftlichen Institutionen und Akteuren. Kritiker beklagen vor allem die Rolle der internationalen Finanzmärkte, in denen der *shareholder value* über alle politischen Anliegen triumphiert und die demokratische Willensbildung untergräbt. Andere sehen den Kern des Problems in modernen Wahlkampagnen. Diese Kampagnen bauen auf klassische Werbestrategien und behandeln Wähler wie Konsumenten, indem sie diese auffordern ein bestimmtes „Angebot“ einer Partei oder eines Politikers zu „kaufen“. Solche Strategien lassen Wähler zurück, die sich manipuliert und desillusioniert fühlen, sobald klar wird, dass dieser „Kauf“ keinen Ersatz für eine politische Debatte oder ein Programm bietet. Es wird argumentiert, dass die schwindende Fähigkeit der demokratischen Politik, Marktergebnisse zu beeinflussen, zwangsweise zum modernen *campaigning* beigetragen hat, um durch Stilmittel und Persönlichkeit den Mangel an politischer Substanz zu übertünchen.

Das Problem der institutionellen Form vs. der politischen Realität: Einige Experten interpretieren die Gründe für die negativen Trends in der österreichischen Demokratie als hausgemacht und verweisen auf die Diskrepanz zwischen formaler und realer Macht im politischen System. Dieses System baut auf ein ausgefeiltes institutionelles Inventar mit neun Landesregierungen, einem Zwei-Kammern-Parlament und einem unabhängigen Gerichtswesen. Die reale politische Macht ist jedoch konzentriert in der Exekutive, während regionale Anliegen durch vertikale Parteikanäle transportiert werden und nicht durch das föderale System. Der Bundesrat scheint irrelevant, und der Nationalrat, obwohl verfassungsrechtlich mit weit größeren Befugnissen als der Bundesrat ausgestattet, segnet die Gesetzesentwürfe der Regierung bzw. der großen Parteien ohne viel Aufsehen ab. Die Gewaltentrennung ist schwach, und die Umsetzung von Verfassungsgerichtsurteilen lässt zu wünschen übrig (z.B. Ortstafeln). Mit anderen Worten: Politische Macht in Österreich ist nach wie vor monopolisiert und wird von den zwei traditionellen Regierungsparteien ausgeübt. Kritiker monieren mit Blick auf zahlreiche ungelöste Strukturprobleme, dass diese Parteien trotz ihrer Machtfülle weit davon entfernt sind, effektiv zu regieren, angefangen bei einer nachhaltigen Gesundheitsreform, Pensionsreform, Steuerreform, Universitäts- und Bildungspolitik, Forschung & Entwicklung, bis zu den öffentlichen Schulden und dem Haushaltsdefizit – um nur die dringlichsten Reformagenden zu nennen.

Das Problem des Aufstiegs des Populismus und des Abstiegs des Konsensmodells: Seit den 1980ern ist Österreich mit einem starken Anstieg populistischer Politik auf allen Ebenen konfrontiert. Dies kann teilweise als Antwort auf die Unfähigkeit des demokratischen Prozesses gewertet werden, auf

Bürgeranliegen angemessen einzugehen. Teilweise ist diese Entwicklung auch angetrieben von einem Zeitgeist, der Tauschgeschäfte in der Politik grundsätzlich mit größtem Misstrauen betrachtet, was langfristig die Grundlage der repräsentativen Demokratie – nämlich Interessenmediation – unterminiert. Eine der Folgen ist, dass sich Wahlen zunehmend zu Wettbewerben zwischen einer traditionellen Partei und einem populistischen Herausforderer entwickelten, im Gegensatz zu den früheren Wahlauseinandersetzungen zwischen den zwei großen Parteien. In mehreren Bundesländern ist eine der zwei großen Parteien der österreichischen Nachkriegszeit in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden: In Wien und in Kärnten ist die ÖVP mittlerweile eine Kleinpartei, während dasselbe Schicksal der SPÖ in Vorarlberg und Tirol widerfuhr. Es ist bemerkenswert, dass bei einem Fortschreiten dieses Trends sechs österreichische Bundesländer von einer vorherrschenden Partei und einer einzigen Alternative – jener des populistischen Herausforderers – dominiert werden. Während die Erosion der eng geknüpften ideologischen Lager in den 1960ern ein willkommener Aspekt für Österreichs gesellschaftliche Modernisierung war, braucht eine moderne funktionierende Demokratie politische Organisationen, welche ihre Informations-, Mobilisierungs- und Organisierungsfunktionen an den Wählern ausrichten.

Das Problem der Führungsschwäche und die Rolle von Persönlichkeit in der modernen Politik: Obwohl lange als politische Anomalie („das Haider-Phänomen“) verleugnet, erlaubt die Entstehung und der andauernde Erfolg populistischer Parteien und Politiker die Identifikation zweier klarer Defizite der österreichischen Politik: erstens der manifeste Mangel an politischer Führungskraft, welcher uninspirierte und desinteressierte Bürger hervorruft; zweitens die Unfähigkeit, eine kohärente politische Vision zu artikulieren, welche die betreffende Partei klar von ihren Mitbewerbern abhebt, ohne gleichzeitig in populistische Rhetorik abzugleiten und dabei mehr als nur Technokratisches zu bieten hat. Österreichs zwei große Parteien sind nach wie vor dem Klientelsystem vergangener Jahrzehnte als Instrument für Wählermobilisierung verhaftet – mit dem Resultat, dass sie kaum über andere Strategien verfügen, Wähler zu motivieren.

Eine andere mögliche Erklärung weist auf die Rolle von Strukturen und Mechanismen der parteiinternen Rekrutierung, die vor allem Loyalität und Konformität belohnen, hin. Diese Strukturen produzieren politische Kandidaten, welche sich zwar im Parteiapparat zurecht finden, aber oft schlecht mit den Anforderungen einer Demokratie im Informationszeitalter umgehen können, wo Persönlichkeit, Rhetorik, Auftreten und Unterhaltungstalent wichtiger als Insiderwissen und Ideologie sind. Populisten haben dieses Phänomen erkannt und haben ihre Parteien zu politischen Vehikeln umgewandelt, die allein der Forcierung des eigenen politischen Führers dienen.

Das Problem des modernen *Electioneering*: Während die Rolle von Individuen zunehmend wichtiger wird und jene von Parteien immer unwichtiger, verweisen manche Experten darauf, dass es genau dieser politische *horse-race*-Aspekt moderner demokratischer Kampagnen ist, der die Wähler desillusioniert. Das Herausstreichen von Persönlichkeiten und ihren Qualitäten zeigt ein höchst unrealistisches Bild von politischen Akteuren und ihren Fähigkeiten. Allerdings haben die jüngsten politischen Kampagnen in den USA und in Großbritannien gezeigt, dass Mehrheitswahlsysteme mit ihrem Fokus auf Individuen größere Aufregung und Spannung hervorrufen als eine Wahl von Parteilisten. Das heißt, dass diese Form des politischen Wettbewerbs zumindest das Potenzial hat, gelangweilte Wähler anzusprechen.

Politische Desillusionierung mit den existierenden politischen Wahlmöglichkeiten ist weder etwas spezifisch Österreichisches, noch sind die existierenden Probleme hier so gravierend wie woanders. In anderen politischen Systemen ist, wie uns von Colin Crouch (2004) versichert wird, der Einfluss von „Spindoktoren“ und Sonderinteressen auf Wahlen viel größer, und die Medien tragen noch mehr

zum Qualitätsverlust der Demokratie bei. In Italien beispielsweise kontrolliert der Premierminister persönlich sowohl ein privates als auch das öffentliche Medienimperium, in Großbritannien wurden Bürgerrechte – insbesondere der Schutz der Privatsphäre – systematisch ausgehöhlt. In der EU im Allgemeinen und in den USA im Besonderen sind private Lobbyisten und Unternehmensinteressen in der Lage einen derartigen politischen Druck auszuüben, mit dem die Öffentlichkeit kaum mithalten kann. Auch wenn es keinen Grund für österreichische Selbstzufriedenheit gibt, muss eine Analyse der österreichischen Institutionen auch einen Blick auf das Gesamtbild beinhalten und das österreichische Modell in einen vergleichenden internationalen Kontext einbetten.

Zusammenfassend soll im Zentrum dieser Dimension die Frage stehen, ob die existierenden institutionellen Mechanismen schlecht austariert sind und somit die Effektivität der repräsentativen Demokratie verringern.

Mögliche Forschungsfrage: *Was sind die spezifischen Defizite der repräsentativen Demokratie Österreichs, was sind deren Ursachen und in wie weit lässt sich eine relative Gewichtung dieser Faktoren vornehmen?* Bisher gibt uns die Fachliteratur wenig konkrete Rückschlüsse in Bezug auf die relative Bedeutung der hier erwähnten Einflussfaktoren.

## **2. Dimension: Die Rolle der Zivilgesellschaft: Einstellungen, Funktionen und Institutionen**

Die Behauptungen von Demokratiemüdigkeit in Österreich sind nicht neu. Die Entzauberung der Politik tauchte bereits in den späten 1970ern und frühen 1980ern auf, als die Unzufriedenheit dieser Zeit ihren Niederschlag in Bürgeraktivismus, *grass roots*-Kampagnen und Protestaktionen fand, welche schließlich in zwei neue Parteien mündeten, die wiederum den politischen Pluralismus im Land messbar verstärkten (Crepaz 1994). In der Zwischenzeit scheint dieser Trend seinen Zenit bereits überschritten zu haben und sich sogar wieder zurück zu entwickeln, unter dem Vorbehalt, dass die Protestwelle und Streiks gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung nach 2000 ein singuläres Phänomen und daher eine Abweichung von der normalen österreichischen Politik waren. Aktuelle Trends zeigen, dass junge Österreicher sich von der Politik abwenden und dass Bürger im Allgemeinen sich in ihre private Welt zurückgezogen haben. Die Abnahme von Parteiunterstützung und die Unzufriedenheit mit der Politik wurden also nicht von einer Zunahme von bürgerlichem Aktivismus begleitet.

Das Problem abnehmenden Vertrauens in demokratische Institutionen: Aktuelle Daten zum Vertrauen in Institutionen in Österreich bestätigen die niedrige Meinung, welche Bürger von politischen Parteien haben. Jedoch zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Institutionen wie etwa die Nachrichtenmedien, Arbeitsmarktverbände oder die Kirche kaum besser abschneiden, sondern teilweise sogar schlechter (SWS/Vertrauen in Institutionen 2008)<sup>1</sup>. Ironischerweise genießen jene Institutionen, welche den Staat und seine Autorität repräsentieren – z.B. das Justizsystem und die Polizei – weit höheres Vertrauen. Diese Trends befinden sich durchaus im Einklang mit ähnlichen Entwicklungen in anderen Ländern, sogar in den alten Demokratien wie den USA, allerdings gibt es ein österreichisches Spezifikum, welches die Sorgen um die österreichische Demokratiequalität rechtfertigt. Es ist hierzulande historische Tradition, dass Bürger nur sehr wenig in der Politik jenseits von konventioneller Parteipolitik partizipieren. Tatsächlich stellt das Fehlen außerparlamentarischer Opposition ein typisches Merkmal österreichischer Politik dar. Dadurch haben viele Österreicher die Einstellung, dass Reformen von oben initiiert werden müssen (Dolezal und Hutter 2007), was die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft noch weiter reduziert.

---

<sup>1</sup> SWS Face-to-face Befragung FB 381, November/Dezember 2008 SWS-Rundschau (49.Jg.) Heft 2/09:197-208.

Das Problem der Nivellierung von Bürgerengagement: Noch vor nicht allzu langer Zeit gab es die Annahme, dass Österreichs Wandel zu einer typischen Mittelstandsgesellschaft und die Zunahme von Wechselwählern zwangsläufig auch zu einer signifikanten Stärkung der Zivilgesellschaft führen würden. Als Österreich begann, die charakteristischen Elemente einer Konkordanzdemokratie hinter sich zu lassen, erwartete man sich, dass diese „Entaustrifizierung“ (Pelinka 1995) auch zu einer politischen Normalisierung im Sinne eines stärkeren Bürgerengagements führen würde. Allerdings stellte sich heraus, dass der potentielle politische Aktivismus, ausgelöst durch die schwindende Parteibindung, rasch von populistischen Parteien aufgefangen wurde. Eine Untersuchung der Zukunft der Demokratie in Österreich wird deswegen den Zustand der Zivilgesellschaft im Allgemeinen analysieren, und ebenso die Gründe, warum die zunehmenden politischen Spaltungen sich nicht so stark in der Zivilgesellschaft widerspiegeln, wie sie es woanders tun.

Das Problem der Identitätspolitik: Der Aufstieg der populistischen Politik sowohl auf nationaler als auch regionaler Ebene verlief Hand in Hand mit einer neuen Art von Identitätspolitik. Beeinflusst von den politischen Debatten in anderen Ländern ringen Österreicher mit ihrer Selbstdefinition – also damit, wer sie in einer zunehmend globalisierten Welt und in einem integrierten Europa eigentlich sind. Aufgrund von Österreichs Geschichte mit ihren sich verschiebenden Konzepten von Nation und Staatlichkeit wird diese Frage seit den frühen 1990ern immer wieder in Wahlkampagnen aufbereitet, meist mit schrillen Untertönen. Die etablierten Parteien und existierenden Institutionen, sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche, haben Schwierigkeiten diese Fragen anzusprechen und überlassen sie damit der Demagogie und den politischen Opportunisten.

Das Problem der divergierenden Sichtweisen der Eliten und der Öffentlichkeit auf die Internationalisierung: Allgemein gesprochen, haben die Österreicher demokratische Mechanismen genutzt, um ihren Skeptizismus gegenüber nahezu allen größeren internationalen Entwicklungen der letzten Jahre auszudrücken, einschließlich der europäischen Integration, der wirtschaftlichen Internationalisierung, der Osterweiterung und der kollektiven Anstrengungen, die auf internationale Solidarität und Sicherheit abzielen. Während Erweiterungs müdigkeit sich auch in anderen europäischen Ländern breit macht, haben wenige Länder so viel von diesen Entwicklungen profitiert wie Österreich, das seine geopolitische Sicherheit und seinen wirtschaftlichen Wohlstand merklich verbessert hat. Jedoch scheinen diese Entwicklungen zu der Entzauberung von Staat und Politik beigetragen und eine tiefe Entfremdung zwischen Bürgern und der Politik mit ihren demokratischen Institutionen enthüllt zu haben.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Abnahme von Legitimität politischer Institutionen ohne eine äquivalente Stärkung der Zivilgesellschaft als Korrektiv zweifelsohne negative Auswirkungen auf die Demokratie hat. Eine Analyse der grundlegenden Ursachen für diese Entwicklungen und eine Diskussion darüber, wie eine Stärkung der Zivilgesellschaft vonstattengehen könnte, sind Ziele, welche die Arbeitsgruppe in ihre Forschung einbinden sollte.

Mögliche Forschungsfrage: *Welches sind die Ursachen für Österreichs vergleichsweise geringes Bürgerengagement und besonders für dessen relatives Nachlassen?* In der Literatur finden sich eher deskriptive Antworten, bzw. wird vornehmlich auf Österreichs traditionelle politische Kultur verwiesen. Jedoch weist gerade das Erstarken des Populismus sehr auf nachhaltige Veränderungen in der österreichischen Politik hin und wirft vermehrt die Frage auf, warum so viel scheinbarer Unmut nicht stärker in zivilgesellschaftlichen Aktivismus mündet.

### **3. Dimension: Nach der Konkordanzdemokratie – die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der österreichischen Demokratie**

Im Anschluss an die konfliktgeprägte Zwischenkriegszeit und im Kontext von fortdauernden Spaltungen zwischen zwei historisch verfeindeten politischen Lagern bedeutete die Konkordanzdemokratie ein effizientes Mittel um Stabilität und sozial ausbalanciertes Wirtschaftswachstum zu garantieren. Ohne diese einzigartigen Mechanismen und Institutionen hätte die Demokratie in Österreich vermutlich vor allem die schwierigen frühen Jahre der Zweiten Republik kaum überlebt.

Das Problem der Grenzen nationaler Wirtschaftssteuerung: Im Zuge der Modernisierung des Landes hat die Konkordanzdemokratie nicht nur viel von ihrem Sinn und ihren Grundlagen eingebüßt – hier vor allem durch die Erosion der großen Parteien –, sondern die ihr zu Grunde liegenden Elemente rückten immer stärker ins kritische Licht der Öffentlichkeit. Die teilweise Auslagerung wirtschaftlicher Autorität in supranationale Institutionen und das gleichzeitige Zurückschrauben von umverteilungs- und ausgleichsorientierter Sozialpolitik haben die österreichische Konkordanzdemokratie und den Korporatismus weiterhin unterminiert. In jenem Ausmaß, in dem demokratische Institutionen nicht mehr bestimmte Kernschichten mit wirtschaftlichen Vorteilen versorgen können, wenden sich diese Wählergruppen von den etablierten Parteien und dem politischen Prozess ab.

Das Problem wachsender sozio-ökonomischer Ungleichheit: Trotz des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs war der Einfluss von Modernisierung und Internationalisierung auf die Arbeitnehmerschaft unausgeglichen. Vor allem niedrig qualifizierte Arbeitnehmer waren negativ betroffen, während Löhne und Gehälter allgemein stagnierten. Die Zunahme von Lohnungleichheit und ungleich verteilter wirtschaftlicher Erträge wurden (gerechtfertigt oder nicht) mit dem Aufstieg des neoliberalen Modells und des *laissez-faire*-Ansatzes in wirtschaftlicher *governance* in Zusammenhang gebracht und gingen zu Lasten der Politik. Die damit korrespondierende Zunahme wirtschaftlicher Unsicherheit, vor allem für sogenannte „Modernisierungsverlierer“, sowie die Auswirkungen der jüngsten internationalen Finanzkrise führten zu neuen Rufen nach einer aktiveren Rolle des Staats und nach einer stärkeren Regulierung wirtschaftlicher Akteure und Wirtschaftsprozesse.

Obwohl es unklar ist, ob es noch immer ein Interesse an der Wiederbelebung der Konkordanzdemokratie und korporatistischer *governance* jenseits des Status Quo gibt, bleibt das Verhältnis zwischen demokratischen und wirtschaftlichen *outcomes* ein zentraler Aspekt einer Analyse der Zukunft der Demokratie in Österreich. Spezifisch braucht Konkordanzdemokratie klar abgegrenzte gesellschaftliche Subgruppen mit designierten politischen Repräsentanten, welche Verhandlungsvollmachten übertragen bekommen haben. Eine Konsequenz daraus ist, dass jegliche intendierte Stärkung der österreichischen Konsensdemokratie auch wachsam gegenüber möglicher Inkongruenzen zwischen konkordanten Mechanismen und Institutionen einerseits und der zeitgenössischen amorphen Massenöffentlichkeit andererseits sein muss. Wenn auf der makropolitischen Ebene das österreichische System darauf ausgerichtet war, Stabilität und Kohäsion zu schaffen, könnte ein spezifisches Ziel für diese Arbeitsgruppe sein zu erforschen, welche realistischen Möglichkeiten es für die integrierte Wirtschaft Österreichs gibt, die auch demokratisch akzeptabel für eine Bevölkerung sind, deren Präferenzen auf soziale und wirtschaftliche Sicherheit ausgerichtet sind.

Mögliche Forschungsfrage: *Welches sind die sozialwirtschaftlichen Arrangements und Bedingungen, die für die Zukunft der Demokratie in Österreich entscheidend sind?* Die Literatur ist hier in Bezug auf den Austro-Korporatismus bisher sehr unbestimmt. Zum einen spricht sie seit den 80er Jahren von der Krise der Sozialpartnerschaft, andererseits wird letztere immer noch als höchst relevanter und unabdingbarer Teil des österreichischen Modells wahrgenommen.

#### **4. Dimension: Der Einfluss von Internationalisierung – eine Immigrationsgesellschaft wider Willen und ihre demokratische Zukunft**

Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten von der zunehmenden Internationalisierung nachhaltig verändert. Auf Grund der seinerzeitigen eher isolierten Lage des Landes zwischen Ost und West hat sich die Wahrnehmung des hereinbrechenden Wandels und der Öffnung noch wesentlich verstärkt. Herausragende Experten der europäischen Integration, wie etwa Vivien Schmidt (2005), haben argumentiert, dass die Europäisierung die *governance*-Praktiken aller EU-Mitgliedstaaten radikal verändert hat und dabei mit den traditionellen Ideen von Demokratie kollidiert ist. Die Internationalisierung hat folglich die Demokratie in Österreich vielfach beeinflusst.

Das Problem der Wahrnehmung, nicht mehr der Herr im eigenen Haus zu sein: Der Transfer von Macht und *governance*-Instrumenten zu supranationalen Institutionen ist gut dokumentiert, wie auch die zunehmende Abhängigkeit von internationalen Marktkräften und Investmentströmen. Ein weiterer Punkt betrifft den Einfluss von Globalisierung auf die österreichische Kultur, die österreichische Gesellschaft und deren Selbstverständnis. Laut Schmidt liegt das Hauptproblem bei den nationalen Eliten, die daran scheitern, neue Ideen und Diskurse zu entwickeln, welche die europäisierten Realitäten reflektieren.

Das Problem Österreichs als eine „Immigrantendemokratie“: Während Fragen zur europäischen Integration und wirtschaftlichen Globalisierung relativ große Aufmerksamkeit in der Politik erfahren haben, wird die Rolle Österreichs als ein Einwanderungsland ausgeklammert. Interessanterweise ist Österreich einerseits ein Beispiel für eine vergleichsweise ausgeprägte Toleranz gegenüber dem Ausleben religiöser Überzeugungen, auch jenen von Fremden – mit der Konsequenz, dass liberale Regulierungen in den letzten Jahren gestärkt wurden. Im Vergleich zu Deutschland ist Österreich auch weniger zögerlich in der Verleihung der Staatsbürgerschaft an Immigranten. Andererseits steht diese relative institutionelle Toleranz in scharfem Kontrast zu recht platten rassistischen Attitüden und fremdenfeindlicher Rhetorik in der Politik.

In Österreich und auch im restlichen Europa wird Migration normalerweise als ein „Problem“ behandelt und aus den Perspektiven des Arbeitsplatz- und Ressourcenwettbewerbs sowie der kulturellen Integration diskutiert. Das Ergebnis ist eine Verschiebung der Last auf Migranten, von denen verlangt wird, dass sie die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft sowohl bezüglich des Arbeitsmarkts als auch bezüglich kultureller Integration erfüllen. Die Vorteile von Immigration und ihre Konsequenzen für die österreichische Gesellschaft und das politische System werden kaum diskutiert. Die Qualität der österreichischen Demokratie wird auch davon abhängen, wie der politische Wille von Menschen mit Migrationshintergrund in den demokratischen Entscheidungsprozess eingebunden werden kann. Trotz des dominanten Diskurses über kulturelle Integration wird man von Individuen mit Migrationshintergrund mit völlig unterschiedlichen Erwartungen an das Leben nicht verlangen können, sich so zu verhalten, als wären sie nur in Österreich sozialisiert worden.

Das Problem sozialer Aufstiegsmöglichkeiten und politischer Inklusivität: Ein spezielles Anliegen für die Zukunft der Demokratie in Österreich muss die geringe soziale Mobilität von Menschen außerhalb der Ober- und Mittelschicht sein. Während das ein generelles Problem auch für Österreicher ist, betrifft es Migranten besonders stark, da die meisten von ihnen anhand ihrer Bereitschaft ausgewählt wurden, in für Österreicher wenig wünschenswerten Bereichen tätig zu sein. Diese Tatsache führt dazu, dass Immigranten und ihre Kinder in sozialen Umständen gefangen sind, die von schlechter Ausbildung, begrenztem sozialen Aufstieg und sozioökonomischer

Marginalisierung geprägt sind. Angesichts der Tatsache, dass in Österreichs Bildungssystem soziale Klasse nach wie vor der dominante Faktor für die spätere Karriere ist und dass viele Immigranten mit kulturell traditionellem, ländlichem oder Arbeiterklassenhintergrund nicht über die Mittel verfügen, ihre Kinder durch das Bildungssystem zu lotsen und damit ihrem sozialen Milieu zu entkommen, braucht es zielgerichtete Programme, um die potenziell negativen Konsequenzen zu vermeiden, die mit sozioökonomischer Segregation verbunden sind. Abgesehen davon, dass sich die österreichische Gesellschaft damit der Talente und sonstiger Beiträge seiner neuen Bürger beraubt, liegt hier auch ein erhebliches Konfliktpotenzial vor: Während die erste Immigrantengeneration selbst vielleicht noch Willens ist, große Opfer für einen Neuanfang zu bringen, ist dies bei ihren Kindern höchst wahrscheinlich nicht mehr der Fall – wie man eindrücklich in Frankreich beobachten konnte, als jugendliche Migranten 2005 den sozialen Konflikt auf die Straße trugen.

Der wachsende Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund wird sich einen Platz in der Gesellschaft und im demokratischen Entscheidungssystem suchen, auf die eine oder andere Weise. Ein demokratisches System, welches den Reichtum seiner diversifizierten Bevölkerung ignoriert, indem es nicht allen Bürgern die gleichen Mitsprachemöglichkeiten gewährt, entzieht sich zudem selbst wertvolles Talent und Potenzial.

Im Kontext dieser Dimension sollte sich die Arbeitsgruppe besonders auf ihre diversifizierte Expertise berufen, um den Einfluss von Globalisierung auf die Demokratie in Österreich zu erörtern, und vor allem um die Frage zu untersuchen, wie die zukünftige Zusammensetzung der Gesellschaft die Demokratiequalität in Österreich beeinflussen wird.

Mögliche Forschungsfrage: *Welches sind genau die Querverbindungen zwischen der Internationalisierung und der österreichischen Demokratiequalität, wie lassen sich diese Faktoren gewichten und welchen nachhaltigen Einfluss haben sie?* Besonders mit der Thematik der Immigration im Zusammenhang mit der Zukunft der Demokratie in Österreich sowie mit dem Aspekt der ethno-kulturellen Inklusivität und Mitbestimmung hat sich die Politikwissenschaft noch nicht wirklich auseinandergesetzt.

## **5. Dimension: Die Konstruktion einer demokratischen Öffentlichkeit – die Rolle der Neuen Medien und politischer Bildung**

Eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist eine demokratische Öffentlichkeit, deren Etablierung einerseits eng mit den Medien als Forum des öffentlichen Diskurses und andererseits mit politischer Bildung und politischem Bewusstsein verknüpft ist.

Das Problem einer sich ändernden Medienlandschaft: Obwohl Österreichs Medienlandschaft sich langsamer ändert als es in anderen Ländern der Fall ist, und gleichzeitig stark vom großen nördlichen Nachbarn geprägt wird, entsteht eine neue Medienrealität – unter anderem durch die zunehmend wichtigere Rolle kommerzieller Fernsehsender, dem steigenden wirtschaftlichen Druck auf traditionelle Qualitätszeitungen, dem Entstehen einer neuen IT-Infrastruktur gemeinsam mit der Entwicklung des Web 2.0, der Etablierung von sozialen Onlinenetzwerken und auch dem Bloggen. Diese Trends produzieren widersprüchliche Ergebnisse. Einerseits wird die Öffentlichkeit in dem Maße segmentiert, wie sich die Märkte und Narrative der Medien vervielfältigen, so dass kollektive politische Erfahrungen, die die Entwicklung einer gemeinsamen Bürgererfahrung begünstigen, immer seltener werden. Daraus resultieren immer größere Schwierigkeiten für die Eliten, relevante Bevölkerungsgruppen mit einheitlichen Botschaften zu erreichen, die gleichzeitig komplexe



Entwicklungen erklären und politische Entscheidungen verteidigen sollen. Andererseits eröffnen die neuen Medien bis dato unbekannte Wege für demokratische Beteiligung und politischen Aktivismus, was neue Freiheiten bringt und vor allem *grassroots*-Organisationen außerhalb der traditionellen Einflussmechanismen begünstigt. Insofern soll ein zentrales Ziel der Arbeitsgruppe eine Einschätzung der Rolle von neuen Medien sein; ebenso soll gemessen werden, welchen Einfluss diese auf aktuelle Trends in der Massenkommunikation haben. Besonders Augenmerk soll dabei auf die Stärkung von Bürgerengagement gelegt werden.

Das Problem von politischer Bildung in Österreich: Eine andere Facette mit Hinblick auf die Stärkung einer demokratischen Öffentlichkeit ist die Rolle von politischer Bildung, welche in Österreich traditionell vernachlässigt wurde, was einen entsprechenden Einfluss auf die Tatsache haben mag, dass Österreicher politische Entscheidungen gerne dem Staat und anderen Autoritäten übertragen. Politische Bildung war sowohl eine verspätete Erfindung (einem ministeriellen Erlass aus 1978 folgend) als auch eine unvollständige. Nach wie vor wird Politik in Schulen nicht als ein gleichwertiger Unterrichtsgegenstand gewertet. Wenn politische Bildung stattfindet, dann meist nur in Hinblick auf formelle Regierungsinstitutionen und Geschichte. Laut Filzmaier und Klepp (2009) gibt es auch nur wenige Studien, die sich mit den Einstellungen junger Österreicher und ihrer politischen Bildung auseinandersetzen. Angesichts der schlechten Informationslage müssen Schlüsse aus den wenig vorhandenen und sehr allgemein gehaltenen Wertestudien gezogen werden, oder man gleitet ins Anekdotische ab. Während Österreichs Jugend für radikale oder ungewöhnliche politische Einstellungen wenig empfänglich scheint – im Grunde spiegeln sie die Gesamtbevölkerung wider – gibt es ein signifikantes Segment, das sich einen autoritären Führer wünscht (fast 20%). Ein Viertel der untersuchten jungen Österreicher möchte überhaupt nichts mit politischen Parteien zu tun haben, obwohl gleichzeitig eine „unkritische Anerkennung staatlicher Autorität“ ausgedrückt wird. Viele Jungwähler glauben zudem, dass „die Wirtschaft wichtiger als die Politik“ ist (Filzmaier und Klepp 2009: 345). Noch bedenklicher ist, dass die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen und nicht-konventioneller Politik entweder ausgeblendet oder als irrelevant betrachtet wird. Dementsprechend ist auch nur ein Viertel der jungen Österreicher beispielsweise bereit politische Petitionen zu unterzeichnen oder sich für nicht-konventionelle Politik zu engagieren.

Die Einstellungen von Schülern sind natürlich in Zusammenhang mit jenen von Lehrern zu sehen. Die verfügbaren Daten deuten auch hier auf eindeutige Defizite hin, die Bedeutung der demokratischen Ermächtigung der Bürger im Sinne von *empowerment* zu erkennen. Gleichzeitig zeigen die Umfragen auf, dass sich viele Lehrer überfordert und allein gelassen fühlen mit der Komplexität aktueller nationaler und internationaler Politik.

Die Arbeitsgemeinschaft Zukunft der Demokratie in Österreich hat auch ein Mandat, sich substantziell in die Diskussion zur politischen Bildung einzubringen, was auch Angelegenheiten wie angemessenes Lehrertraining und passende Curricula beinhaltet – all dies freilich im Kontext der erzielten Forschungsergebnisse.

Mögliche Forschungsfrage: *Welches sind die Faktoren die Österreichs demokratische Öffentlichkeit in Zukunft bestimmen werden und welche Rolle werden dabei die Neuen Medien des Informationszeitalters einnehmen?* Auch in dieser Frage befindet sich die österreichische Demokratieforschung noch in ihren Anfängen und somit besteht ein Aufholbedarf in dieser Analysedimension.